

## Tätigkeitsbericht 2011

Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist die dritte Säule des Gesundheitswesens. Neben den großen Bereichen der stationären und ambulanten medizinischen Versorgung ist und bleibt er eine unverzichtbare Stütze des Gesundheitssystems. Unter Leitung des Präsidenten, Prof. Dr. Jan Schulze, fand im Juli 2011 die konstituierende Sitzung des Ausschusses statt. Erneut erhielt Dipl.-Med. Petra Albrecht das Votum zur Vorsitzenden. Alle bisherigen Mitglieder hatten zuvor ihre Bereitschaft erklärt, auch in der neuen Legislaturperiode im Fachgremium weiter mitzuarbeiten.

In Verlauf des Jahres fand noch eine weitere Sitzung statt. In den Sitzungen wurden jeweils aktuelle berufspolitische Themen besprochen und diskutiert. Eine der fachspezifischen Schwerpunktaufgaben des Jahres 2011, die im Ausschuss heftig diskutiert wurden, ist das Sächsische Kinderschutzgesetz, das gemeinsam mit niedergelassenen Kinderärzten, der Kassenärztlichen Vereinigung und den Jugendämtern der Kreise und kreisfreien Städte in Sachsen umgesetzt werden soll. Werden Kinder zu den altersentsprechenden U-Untersuchungen nicht vorgestellt, ergeht über die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen an das Gesundheitsamt eine Fehlmeldung. Daran schließt sich ein Erinnerungsschreiben an die Erziehungsberechtigten an. Bei der Umsetzung treten zahlreiche Probleme auf. Das Gesundheitsamt erhält Fehlmeldungen trotz termingerechter Untersuchung. Es ist verständlich, dass Erziehungsberechtigte immer häufiger ihr Unverständnis zu den Erinnerungsmodalitäten äußern. Außerdem nimmt die Anzahl der Meldungen durch die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen zu versäumten Untersuchungen stetig zu und sprengt damit die Leistungsfähigkeit der Ämter.

Ein immer präsenteres Thema im öffentlichen Gesundheitsdienst ist der Ärztemangel. Ärzte für die Einstellung in den Gesundheitsämtern in Sachsen zu finden, ist nahezu aussichtslos. Der allgemeine Ärztemangel in Deutschland bietet jungen Absolventen der Medizin genügend lukrative Stellen, sodass eine Arbeit im Gesundheitsamt für viele nicht vorstellbar ist. Zum einen gibt es große Gehaltsunterschiede zwischen den ärztlichen Kollegen in den Ämtern und den Kollegen im ambulanten oder stationären Sektor, die in keiner Weise in dieser Höhe gerechtfertigt sind. Zum anderen muss festgestellt werden, dass wenige Kollegen wissen, welches Aufgabenspektrum einen Arzt im Öffentlichen Gesundheitsdienst erwartet. Um den Öffentlichen Gesundheitsdienst vorzustellen und das Berufsbild bekannt zu machen, sind die Mitglieder des Ausschusses bei den Veranstaltungen der Sächsischen Landesärztekammer für Weiterbildungsassistenten und für junge zukünftige Kollegen immer präsent.

Der Ausschuss hat 2011 noch einmal ausdrücklich alle Gesundheitsämter aufgefordert, den jungen Kollegen, die eine Weiterbildungsstelle suchen, diese möglichst auch anzubieten. Problematisch ist dies, da die Stellenpläne der Kommunen oft keinen Spielraum dafür zulassen. Um weiterbilden zu können, benötigen die Gesundheitsämter Weiterbildungsbefugte, jedes Gesundheitsamt sollte wenigstens über einen Weiterbildungsbefugten verfügen können.

Einen besonderen Höhepunkt stellte 2011 der Hygienekongress im Hygiene-Museum Dresden dar. Der 150. Geburtstag von Lingner und das 100-jährige Jubiläum seiner Hygieneausstellung, die damals von 5,1 Millionen Menschen besucht wurde, stellten einen

geeigneten Rahmen dafür dar. Im Mittelpunkt des ersten Kongresstages stand das berufs- und gesundheitspolitische Forum. Hier ging es um das Infektionsschutzgesetz, dessen Neuregelungen und Aspekte der praktischen Umsetzung auf Bundes- und Landesebene. In einer Podiumsdiskussion standen Vertreter aus Politik und Experten für Fragen zur Verfügung. Mit insgesamt rund 280 Gästen und deren Tenor war „ein derartiger Kongress sollte alle zwei Jahre stattfinden“, hat die Resonanz die Erwartungen der Veranstalter übertroffen. Der Ausschuss öffentlicher Gesundheitsdienst war maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses beteiligt.

Die Ausschussvorsitzende wurde für die neue Legislaturperiode erneut als Delegierte zum Deutschen Ärztetag gewählt.

In Vorbereitung des 114. Deutschen Ärztetages wurden in Kooperation mit anderen Ausschüssen mehrere Beschlussanträge formuliert und eingereicht: So fasste der Deutsche Ärztetag unter anderem den folgenden Beschluss: Die Bundesländer aufzufordern, die Arbeitsfähigkeit und damit die Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes durch dessen ausreichende Finanzierung zu gewährleisten und nachhaltig zu sichern. Die sächsischen Anträge fanden eine breite Zustimmung unter der Ärzteschaft, so wie sich die Stellung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes beim Deutschen Ärztetag insgesamt deutlich verbessert hat. Seit vergangenem Jahr ist der Ausschuss auch im Ausschuss „Ärzte im Öffentlichen Dienst“ der Bundesärztekammer vertreten.

Dipl.-Med. Petra Albrecht, Meißen, Vorsitzende  
(veröffentlicht in der Broschüre „Tätigkeitsbericht 2011“)